

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

man könnte den Haushalt 2016 mit wenigen Worten so zusammenfassen.

Es wird viel investiert. Es werden keine neuen Schulden gemacht. Als ordentliches Ergebnis sind ca. 6,8 Millionen Euro eingeplant. Die Steuersätze bleiben unverändert. Zusammengefasst, die Pflichtleistungen werden ordnungsgemäß erfüllt und auch noch für Freiwilligkeitsleistungen bleibt Geld übrig. Aber neben diesem Haushalt, gibt es noch einen „Schattenhaushalt“, der sich wie folgt darstellt:

Insgesamt sind Kommunalbau, (23.197 Mio. Euro) Stadtwerke, (29.930 Mio. Euro) und Wohnbau GmbH (13.061 Mio. Euro) mit rund 66,2 Mio. Euro verschuldet, die im eigentlichen Haushalt, den wir heute besprechen so nicht auftauchen. Hinzu kommt noch die Verschuldung der Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung (EAB) in Höhe von rund 13,5 Millionen Euro, sodass, wenn man nur die Verschuldung der Stadt und Eigenbetriebe Abwasser mal ins Auge fasst (zusammen 34.369.664,68 Euro), die Verschuldung nicht bei rund 700 Euro pro Einwohner liegt, sondern bei rund 1,2 Millionen Euro. Somit ist neben den Baumaßnahmen von 6,46 Millionen Euro, das entspricht etwa 39%

des Finanzhaushaltes, der Kredit und Darlehensbetrag von 5,31 Millionen Euro mit 32% bereits der zweitgrößte Brocken im Finanzhaushalt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, trotz dieser Zahlen bewegen wir uns momentan noch auf einem etwas ruhigem finanziellen Fahrwasser und können sogar noch Schulden tilgen. Hallenbad und Flüchtlingen werden unseren finanziellen Spielraum einschränken. Ich komme später darauf zurück.

Ich möchte an dieser Stelle als 4. Redner nicht nochmal auf die einzelnen Zahlen eingehen, sondern deutlich machen was für uns, die Fraktion der Aktiven, wichtig und sinnvoll erscheint.

Investitionen in die Zukunft, sowohl in die Infrastruktur, wie in die Bildung und Kindergarten müssen Vorrang haben und hier sind wichtige Maßnahmen in die Wege geleitet worden. Ich möchte hier nur die dringenden Investitionen in den **Hochwasserschutz** von rund 3,8 Millionen Euro die bis 2018 investiert werden sollen, ansprechen. Immer wieder müssen wir **leider feststellen, dass geplante Investitionen aller Art nicht in dem Jahr so durchgeführt werden, wie eigentlich vorgesehen**, so auch dieses Jahr, was zwar die Haushaltslage entspannt, aber der Sache nicht dienlich ist. Dies hatten wir bereits im letzten Jahr bemängelt. Gerade im Hochwasserschutz darf es nicht passieren, dass aufgrund mangelnden Personals, Maßnahmen nicht durchgeführt werden und

weiter in die Zukunft verschoben werden. Die Wetterextreme werden in den nächsten Jahren zunehmen und es ist eine der obersten Aufgaben von uns **Hab und Gut der Bürgerinnen und Bürger zu schützen**. Sollte nicht genügend eigenes Personal zur Durchführung vorhanden sein, so muss man sich **Fremdleistungen einkaufen**. Hier erinnere ich an die zugesagte Liste der beauftragten Architekten und Ingenieure auf die ich jetzt ein Jahr lang warte. Wir, der Gemeinderat, kennen das Personalgutachten der Stadt bis jetzt nicht, hoffen aber, dass im Bereich Bau, im weiteren Sinne, eine Personalverstärkung vorgesehen ist. Ohne, dass wir uns in das operative Geschäft der Verwaltung einmischen wollen, möchte ich an dieser Stelle, auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung deutlich machen, das wir, der Gemeinderat, wie bereits ausgeführt, das Gutachten nicht kennen und deshalb zu einzelnen Umsetzungsmaßnahmen nichts sagen können. Dies gilt vor allem auch für den Baubetriebshof, hier organisiert die Verwaltung und nicht der Gemeinderat.

Auf das Hochwasser und Hochwasserschutz zurückkommend, möchten wir an dieser Stelle den **ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern** der Feuerwehren und des Deutschen Roten Kreuzes für ihr Engagement danken. Die Aufgaben der Feuerwehr werden immer umfangreicher und bürokratischer und darum ist es auch notwendig zukünftig diese Arbeit einem hauptamtlichen Feuerwehrkommandanten zu übertragen. Ich möchte aber an dieser Stelle den zahlreichen ehrenamtlichen Feuerwehrkameradinnen und –kameraden in der

Kernstadt und den Ortsteilen danken, stellvertretend Herrn Pannier und Herrn Leichle für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit der Führung, und ich bin mir sicher, dass der neue hauptamtliche Kommandant auf das Wissen gerne zurückgreifen wird. Die ehrenamtliche Arbeit der DRK Ortsverbände wird durch den Gemeinderat dadurch anerkannt, dass er in seiner Haushaltsklausur beschlossen hat, die **ehrenamtlichen Notfallhilfen** der DRK Ortsverbände finanziell zu unterstützen. Die ehrenamtlichen Notfallhilfen sind ehrenamtlich Helferinnen und Helfer, die in ihrer Freizeit zu Rettungsdiensteinsätzen ausrücken, wenn sie von der Rettungsleitstelle alarmiert werden. In Rinklingen, Diedelsheim, Bauerbach und Büchig ist dieses System installiert, dass die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes überbrückt, aber auch dableibt wenn der Rettungsdienst den Patienten mit ins Fahrzeug genommen hat, und Angehörige noch Trost und Beistand benötigen. Wir, die Aktiven, möchten uns bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates Bedanken, dass sie **unsere Initiative** auf breiter Ebene gefolgt sind. Wir danken aber auch den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den anderen Vereinen für ihr Engagement und, dass sie ein wichtiges Gut ihres Lebens, nämlich Zeit, für die Allgemeinheit opfern.

Um unsere Stadt zukunftssicher zu machen, gehören neben dem Investitionen in Baumaßnahmen auch Planungen im Bereich gesundheitlicher Versorgung,

Verkehr und Gewerbe. Während wir, die Aktiven, **bereits im letzten Jahr** einen Schwerpunkt auf die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung gelegt hatten, indem wir auf den Wegfall eines Kinderarztes hinwiesen, und Gegenstrategien forderten, sind heute **Gesundheitsfragen** ein wichtiges kommunalpolitisches Thema für alle Fraktionen. Ich möchte am heutigen Abend nicht auf die Sporgassenbebauung und die vorgelegten Pläne näher eingehen, dazu werden wir in der nächsten Sitzung noch ausführlich Gelegenheit haben, dennoch sind wir froh, dass dieses Thema auch bei der Verwaltungsspitze angekommen ist und zu Aktivitäten (Spogasse) geführt hat.

Auch ohne ISEK, das wir als Aktive äußerst kritisch sehen, da hier vielleicht Erwartungen geweckt werden, die später nicht erfüllt werden können, zeigte sich beim Thema Spogasse, dass die Bevölkerung sich sehr wohl engagiert, wenn es um einschneidende Maßnahmen und Vorhaben in ihrer Stadt geht. Wichtig ist für uns, die Aktiven, hierbei die **Information der Bürger und die Einbeziehung ihrer Gedanken**, und dies gilt für alle Bereiche des öffentlichen Lebens. So werden wir von Teilen der Bevölkerung gefragt, was die Baummarkierungen beim Tierpark Willig bedeuten. Dass hier Überlegungen für einen Kletterpark schon weit fortgeschritten sind, sollte man auch der Jägerschaft mitteilen. Wo sind bleibt / blieb da die Information. Übrigens ist die Kernstadt der einzige „Stadtteil“ ohne Grillplatz / Hütte. Das sollte sich dort

auch ändern lassen. Wir fordern auch mindestens einen **Grillplatz in der Kernstadt**.

Aber nicht nur die Bevölkerung muss bei Entscheidungen miteinbezogen werden, sondern auch der örtliche Handel und Gewerbe, wenn es um Entscheidungen für die Zukunft geht. Hier regen wir die Schaffung einer Stelle eines **City-Managers** an, wobei wir uns natürlich nicht mit der Stadt Karlsruhe vergleichen können, aber ein Kümmerer um Angelegenheit des Mittelstandes ist aus unserer Sicht **dringend von Nöten**. So kann es aktuell z.B. nicht sein, dass der französische Markt um 2-3 Wochen nach hinten verschoben wird, der Einzelhandel aber nicht unterrichtet wird und dieser schon Werbemaßnahmen durchgeführt hat. Auch das **Managen von Leerständen** in der Innenstadt, kann diesem City-Manager übertragen werden, sowie die Installierung eines **Parkleit-Systems**, dass es seit Jahren in Bretten nicht mehr gibt. So wäre es ohne großen Aufwand möglich, im Eingangsbereich der großen Kreisstadt, Schilder aufzustellen auf denen die zahlreichen Parkmöglichkeiten in der Innenstadt visuell dargestellt sind; es ist oftmals angesprochen worden, doch es fehlt an der Umsetzung. Dieser City-Manager, vielleicht auch als Halbtagsstelle, sollte von der Stadt finanziert werden. Überlegungen hier eine Co-finanzierung durchzuführen lehnen wir ab, da man keinen zwei Herren gleichzeitig dienen kann. Vielleicht wäre die Ansiedlung des **City-Managers auch im Bereich Kommunalbau** die beste Lösung. Wichtig ist für uns aber vor allem, dass die Stelle geschaffen wird. Wenn diese frühzeitig geschaffen wird, könnte der City-

Manager sich auch noch aktiv in die Vorbereitungen für das **Stadtjubiläum 2017** einbringen, wobei aus unserer Sicht die Vorbereitungszeit schon jetzt als äußerst knapp angesehen werden kann. andere Städte planen 3-4 Jahre voraus. Wir sind gespannt, was Herr Feineisen und seine Mannschaft auf die Beine stellt, die große Silvester Party wird der Einstieg sein, weitere Höhepunkte sollen folgen. Kommunalpolitisch wird im Jubiläumsjahr 2017 die Wahl des Oberbürgermeisters der Höhepunkt sein. Auch in der **Verkehrsplanung** muss dieses Jahr endlich etwas geschehen. Wir hatten bereits Maßnahmen für die Georg-Wörner-Straße geschlossen, bis heute ist aber **leider noch nichts umgesetzt**. Wir werden dazu, als Aktive, in den nächsten Wochen ein eigenes Verkehrskonzept vorstellen und in die Diskussionen einbringen. Den Beschlüssen müssen auch hier Taten folgen.

Nach dem Regionalplan für den Bereich mittlerer Oberrhein wird auch der Bereich Bretten zur Wachstumsregion gezählt, was auf der anderen Seite bedeutet, dass wir neben Bauplätzen und Gewerbegebieten auch Wohnungen zur Verfügung stellen müssen. Hier erwarten wir Vorschläge der Verwaltung. Ich möchte deshalb hier noch kurz auf die einzelnen städtischen Gesellschaften eingehen. Wichtig ist, dass der städtische Wohnungsbau verstärkt in die Investitionstätigkeiten einsteigt und **bezahlbaren Wohnraum schafft**, auch in den Stadtteilen. Die Situation verschärft sich nun durch die Zuweisung von Flüchtlingen und wir müssen darauf achten, dass sowohl den Bedürfnissen der bis jetzt hier lebenden Menschen, aber auch der neu hinzukommenden

Rechnung getragen wird. Jeder spricht davon eine **Ghettoisierung zu verhindern**, aber aufgrund der hohen Anzahl von Flüchtlingen wird uns nichts anderes übrig bleiben, als große Wohnblocks zu errichten, um dem Ansturm gerecht zu werden. Nach aktuellen Zahlen wird auch in diesem Jahr die Flüchtlingswelle nicht abebben und man geht bereits wieder von über 1,1 Millionen Flüchtlingen aus, was wiederum 5.000-6.000 Flüchtlinge für den Landkreis Karlsruhe bedeuten würde und dementsprechend wieder ein Anteil in die große Kreisstadt Bretten. Hier werden wir uns auch nicht die Flächen groß aussuchen können, hier spielt der Faktor Zeit eine wichtige Rolle und nicht nur wir als Stadt, sondern auch **Privatinvestoren sind aufgefordert**, tätig zu werden. Dies ist vor allem auch deshalb notwendig, weil wir uns als „**Aktive**“ **dagegen wehren**, dass privater Wohnraum später einmal von staatlichen Stellen quasi **zwangsbeschlagnahmt** wird, was wie gesagt, bei rechtzeitigem Handeln, vermieden werden kann. Privaten Wohnungsvermietern muss die Möglichkeit der Sicherheit gegeben werden, dass sie ihre Mieten auch bekommen bzw. ihre Wohnungen auch renoviert werden, wenn sie es **Flüchtlingen** zur Verfügung stellen; hier gibt es bereits Beispiele von anderen Gemeinden. Und neben der baulichen Frage, wird die Frage der **Betreuung und Begleitung** uns über Jahre / Jahrzehnte beschäftigen. Wobei wir uns an dieser Stelle bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern recht herzlich bedanken möchten und ihnen auch einen langen Atem wünschen.

Was den **Kommunalbau** angeht, so könnte man sich vorstellen, dass diese nochmals auf dem **Sporgassenparkplatz**, (Ärztehaus, Randbebauung) in Aktion tritt, um die Wirtschaft und die **Innenstadt weiter zu beleben**. Die größten Probleme sehen wir momentan aber bei den Stadtwerken Bretten, hauptsächlich verursacht durch den Neubau des Hallenbades. Der Haushalt 2016 wird mit insgesamt 4,35 Millionen durch die Stadtwerke belastet, davon 850.000 Euro als Schlusszahlung für das Hallenbad und 3,5 Millionen Euro für die Gewährung eines Trägerdarlehens. Da im Gesamtinvest der Stadt von 16,5 Millionen in 2016, es hieß ein Anteil von immerhin 26,3%, also mehr als ein Viertel der gesamten Investitionen. Auch in den nächsten Jahren wird das **Hallenbad uns mit jährlich ca. 1 Million belasten**, sodass man zusammenfassen kann, dass der vielleicht politisch gefasste Beschluss sinnvoll ist, aber er sich langfristig negativ auf die Haushaltslage der Stadt Bretten auswirken wird. Hier wäre es aus unserer Sicht auch sinnvoll gewesen, wenn sich die Stadtwerke am Ausbau des **Breitbandnetzes** beteiligt hätte bzw. **selbständig durchgeführt hätte**, denn die Erlöse, die hier erzielt werden, waren die Erlöse, die früher durch Strom und Gas erzielt wurden, und heute so nicht mehr realisiert werden können. Die Beauftragung jetzt einer Fremdfirma birgt auch die Gefahr, dass der Internetanbieter vorgegeben wird. Das muss jeder wissen.

Zum Abschluss möchte ich aber noch einmal kurz auf die Thematik Spogassen Areal zu sprechen kommen, da in dem jetzigen Haushaltsentwurf ein Grundstückserlös für die Tiefgarage von rund 450.000 Euro enthalten ist. Wir werden dem Haushalt zustimmen, möchten aber **hiermit betonen**, dass damit **nicht automatisch unsere Zustimmung** zur jetzt vorgelegten Planung des Spogassen Areals verbunden ist.

Wir danken Herrn Pux für das Ausführliche Zahlenmaterial, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit zum Wohle der Bevölkerung und der Verwaltungsspitze für das gute Miteinander. Wir stimmen dem Haushalt mit der gemachten Einschränkung zu.